



© AI

Inhalt:

<i>Editorial und Impressum</i>	S. 2
<i>Bericht:</i> Wiederaufnahme der Todesstrafe in den USA	S. 3
<i>Schwerpunkt:</i> Die Todesstrafe in China – Veränderungen durch Olympia?	S. 4
<i>Statistik:</i> Todesstrafe und Hinrichtungen 2007	S. 7
<i>Hintergrund:</i> Die beliebtesten Urlaubsländer der Österreicher – betrachtet aus menschenrechtlicher Sicht	S. 8
<i>In Kürze:</i> One world – One Amnesty; Afrika-Festival in Wien; Mahnwache vor nigerianischer Botschaft; Pfadfindertreffen	S. 10
<i>Aktion:</i> Menschenrechte aufs Podest	S. 11



Editorial

von Martin Schneider

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Amnesty International präsentiert sich in neuen Farben und mit neuem Logo. Dies geht auf einen Beschluss der Internationalen Ratstagung zurück, die im August 2007 in Mexiko stattgefunden hat. Ziel ist ein einheitlicheres Auftreten der inzwischen weltweit auf über 2 Millionen Mitglieder angewachsenen Organisation, ebenso eine effektivere Zusammenarbeit der einzelnen Sektionen durch eine bessere globale Vernetzung von Kampagnen. Auch AI Österreich setzt diesen Beschluss nun um.

Die Farbe Gelb symbolisiert zugleich Warnung und Hoffnung - zwei Bedeutungen, die auch sehr gut auf die Menschenrechtssituation in China zutreffen. Im Jahr 2007 wurden 38% aller weltweit bekannt gewordenen Exekutionen in diesem Land vollzogen – das somit einen traurigen Rekord hält.

Dennoch ist die Hoffnung groß, dass die im August diesen Jahres beginnende Austragung der Olympischen Sommerspiele in Peking eine Verbesserung der Menschenrechtssituation mit sich bringen könnte.

Doch auch wenn die Erwartungen auf schnelle Veränderungen wohl zu hoch erscheinen, sind Verbesserungen von offizieller Seite zumindest in Aussicht gestellt worden. Daher ist es wichtig, die Behörden an diese zu erinnern und ihre Umsetzung einzufordern.

Bitte beteiligen auch Sie sich zahlreich an der aktuellen AI-Kampagne "Menschenrechte aufs Podest", zu der wir dieser Aussendung eine Petitionsliste beigelegt haben!



Impressum:

Amnesty International Österreich
Tel: +43 1 78008-00 (Mo-Do 9-12, 13-16 Uhr, Fr 9-12, 13-15.30 Uhr)
Fax +43 1 78008-44
DVR 460028
ZVR 407408993
AI-Netzwerk gegen die Todesstrafe
<http://www.amnesty.at/todesstrafe/>
ag-todesstrafe@amnesty.at



Bericht

Wiederaufnahme der Todesstrafe in den USA

von *Andreas Zwedler*

Zum ersten Mal seit mehr als sieben Monaten ist im Mai in den USA wieder ein Häftling hingerichtet worden. Der wegen Mordes an seiner Freundin verurteilte William Earl Lynd wurde im Gefängnis von Jackson im Bundesstaat Georgia mit der Giftspritze exekutiert. Die 1977 eingeführte Todesspritze besteht aus drei Chemikalien: Die erste Substanz betäubt den Hinrichtungskandidaten, die zweite lähmt seine Muskulatur, die dritte schließlich bringt das Herz zum Stillstand.

Die Wiederaufnahme der Hinrichtungen ist die Folge eines höchstrichterlichen Urteils vom 16. April diesen Jahres. Mit der überraschend klaren Mehrheit von sieben zu zwei Stimmen hatte der Supreme Court die Todesstrafe und ihren Vollzug mittels Giftspritze für verfassungsgemäß erklärt. Die Richter verwarfen das Argument, dass der Giftcocktail eine grausame Form der Bestrafung bedeute – obwohl Hinrichtungen in der Vergangenheit bis zu anderthalb Stunden statt der geplanten wenigen Minuten dauerten, weil das Vollzugspersonal die Vene nicht fand oder die Substanzen nicht wie vorgesehen wirkten.

In mehreren US-Staaten war daraufhin die Rechtmäßigkeit der Methode in Frage gestellt wor-

den, weshalb Anwälte Betroffener Verfassungsklage einreichten. In allen 32 Bundesstaaten, die überhaupt noch die Todesstrafe praktizieren, wurden die Exekutionen daraufhin Ende September 2007 ausgesetzt. Bis dahin hatte es 42 Hinrichtungen im Jahr 2007 gegeben, eine der niedrigeren Zahlen pro Jahr seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1976. Jedoch fürchten Todesstrafengegner nun eine neue Hinrichtungswelle. Tatsächlich waren bereits drei Wochen nach dem höchstrichterlichen Urteil 17 Exekutionen für 2008 angesetzt, der Großteil in Texas, Virginia und Louisiana.

Die US-Anwaltskammer übte scharfe Kritik an der Aufhebung des Moratoriums für Hinrichtungen. Ihr Präsident William Neukom bezeichnete es als einen "tragischen Fehler", weiteren Hinrichtungen die Tore zu öffnen. Das Thema sei sehr ernst und komplex. Zudem sei vor Gericht Druck auf die Richter ausgeübt worden. Ferner spielten bei dem sensiblen Thema auch Rassenfragen, Laborfehler sowie die Befragung durch die Polizei und die Beweisaufnahme eine wichtige Rolle, sagte Neukom mit Blick auf die Gefahr, dass Unschuldige zum Tode verurteilt werden könnten.

Quellen:

- Der Standard
<http://derstandard.at>
- Wikinews
<http://de.wikinews.org>





● *Schwerpunkt*

Die Todesstrafe in China – Veränderungen durch Olympia?

Wenn die Olympischen Spiele 2008 am 8. August in Peking eröffnet werden, schaut die Welt gebannt auf den Glanz eines sportlichen Großereignisses: auf Wettkämpfe, Medaillen und Rekorde. Doch schnell könnte man angesichts des Glanzes vergessen, dass die chinesische Menschenrechtssituation Anlass zu großer Besorgnis bietet und international häufig kritisiert wird. Im Jahr 2007 wurden in China 38% aller weltweit bekannt gewordenen Exekutionen durchgeführt. Die Dunkelziffer dürfte sogar noch höher liegen. Lesen Sie dazu ein Interview mit der Politologin Frau Katrin Kinzelbach. Sie ist Dissertantin am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien und forscht über den Menschenrechtsdialog der Europäischen Union mit China.

F: Frau Kinzelbach, besitzt der chinesische Umgang mit den Menschenrechten und besonders mit der Todesstrafe Auswirkungen bzw. eine Vorbildfunktion auf den asiatischen Raum?

A: *Natürlich. China ist ein mächtiges Land, das natürlich Vorbildfunktion besitzt – übrigens nicht nur in Asien. Es ist also sehr wichtig, dass China mittlerweile die Menschenrechte anerkennt und sogar in die Verfassung aufgenommen hat. Aber bezüglich der Todesstrafe hat China eine Sonderstellung. Schätzungen zufolge gibt es nirgends sonst auf der Welt so viele Hinrichtungen wie in China. Die offizielle Statistik ist ein Staatsgeheimnis. Amnesty International führt eine Liste mit bestätigten Fällen, doch die Dunkelziffer ist weit höher. Chinesische und ausländische Experten sprechen von um die 8.000 Hinrichtungen im Jahr. Die große Anzahl von Hinrichtungen ist allerdings nicht das einzige Problem. Denn das chinesische Strafgesetz kennt 68 Verbrechen, die mit der Todesstra-*

fe bestraft werden können, darunter auch Wirtschaftsverbrechen wie Steuerhinterziehung und Korruption.

F: Wie werden in China Hinrichtungen vollzogen?

A: *Die meisten Hinrichtungen werden durch Geknickschuss durchgeführt. Doch mittlerweile werden tödliche Injektionen immer gebräuchlicher. Auch gibt es immer wieder Gerüchte über öffentliche Hinrichtungen, doch die sind offiziell abgeschafft. Es ist schwer zu sagen, ob diesen Gerüchten Glauben geschenkt werden kann. In jedem Fall sollten öffentliche Hinrichtungen eine Ausnahme sein. Auch Misshandlungen an den Leichen als Racheakt sind verboten. Im Zusammenhang mit der Todesstrafe, vor allem mit der Todesstrafe für Falun Gong Anhänger, gibt es allerdings den Vorwurf, dass die Leichen nach dem Vollzug in Kliniken abtransportiert würden, um ihnen Organe zur Transplantation zu entnehmen. Dieser Zusammenhang hat natürlich auch einen Einfluss auf die Art und den Zeitpunkt der Hinrichtungen.*

F: Wie lässt sich das Verhältnis der Bevölkerung zur Todesstrafe beschreiben?

A: *Das ist sehr schwer zu sagen. Natürlich gibt es Umfragewerte, aber man kann darüber diskutieren, ob diese wirklich die Meinung der Bevölkerung oder aber Regierungspositionen widerspiegeln. Es wurde allerdings auch schon von regierungskritischen chinesischen Experten darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung hinter der Todesstrafe stünde. Im letzten Jahr wurde zum Beispiel der ehemalige Leiter der chinesischen Nahrungs- und Arzneimittelbehörde wegen Korruption und Verletzung seiner Amtspflichten hingerichtet. Diese Strafe wurde von vielen wohl als durchaus angemessen angesehen.*



Ich habe auch immer wieder die Meinung gehört, dass die Entwicklung Chinas durch ungebildete und potentiell kriminelle Massen gestört werden könne und ein hartes Durchgreifen daher unabdingbar wäre. Andererseits gab es in China beim Bekanntwerden bestimmter Fehlurteile einen regelrechten Aufschrei. Sehr beachtet wurde zum Beispiel der Fall von She Xianglin, der für den Mord an seiner Frau zunächst die Todesstrafe erhielt, die jedoch in 15 Jahre Haft umgewandelt wurde. Das Fehlurteil wurde erkannt, nachdem die Frau quicklebendig wieder auftauchte. Tragischer ist der Fall von Nie Shubin, der sein wahrscheinlich durch Folter erwirktes Geständnis zu einem Vergewaltigungs- und Mordfall nicht überlebte. Erst nach dem Vollzug der Todesstrafe kam heraus, dass er unschuldig war. Diese Fälle wurden auch in der chinesischen Öffentlichkeit diskutiert und verurteilt. Ich denke man kann sagen, dass dieser öffentliche Aufschrei mit dazu geführt hat, dass alle Todesurteile ab dem 1. Januar 2007 wieder vom Obersten Volksgerichtshof überprüft werden.

F: Welche Chancen für eine Abschaffung der Todesstrafe gibt es in China und wie könnte der Weg zu diesem Ziel aussehen?

A: *Die Regierung in China weiß, dass die Beibehaltung der Todesstrafe sowie die hohe Zahl an Hinrichtungen immer wieder Anlass zu internationaler Kritik bieten. Dies erzeugt natürlich einen Impuls für Veränderung. Anders als die USA vertritt China die Position, dass die Todesstrafe eingeschränkt und in Zukunft abgeschafft werden soll. Ich denke, das ist sehr wichtig. Gleichzeitig weist die Regierung darauf hin, dass Europa auch sehr lange gebraucht habe, um die Todesstrafe abzuschaffen, und dass China Zeit benötige. Es gibt also bisher keine konkreten Verpflichtungen. Neben internationalem Druck ist es meiner Ansicht nach sehr wichtig, dass in China Forderungen nach Abschaffung lauter werden, und sie von innen heraus glückt. Nur so wird sie auch nachhaltig umsetzbar sein.*

F: Gibt es innerhalb des Landes eine Bewegung, die sich für die Abschaffung der Todesstrafe einsetzt? Drohen ihr Sanktionen?

A: *Führende Juristen in China diskutieren relativ offen über Auswüchse bei der Anwendung der Todesstrafe und auch über die Abschaffung. Der bekannte Juraprofessor He Weifang hat sich zum Beispiel sehr offen gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Es gibt also eine solche Bewegung in China. Aber es ist natürlich primär eine relativ kleine Gruppe Intellektueller. Welchen Einfluss sie auf die Politik haben, beziehungsweise wie schnell Veränderungen zu erwarten sind, ist schwer zu sagen. Wie bei anderer Kritik gilt auch bei diesem Thema, dass eine immer offenere Diskussion möglich ist, aber gleichzeitig bleibt das Thema heikel. Besonders für Außenstehende ist es nicht immer leicht zu verstehen, bis zu welchem Punkt Kritik toleriert wird. Im privaten oder halböffentlichen Kreis ist natürlich viel mehr möglich als öffentlich. Wenn man aber bedenkt, dass die Gesamtzahl aller Hinrichtungen ein Staatsgeheimnis und die öffentliche Verkündung dieses Staatsgeheimnisses strafbar ist, dann muss man leider zu dem Schluss kommen, dass eine völlig freie Auseinandersetzung mit dem Thema Todesstrafe in China derzeit nicht möglich ist.*

F: Welche Rolle spielt die EU im Menschenrechtsdialog mit China?

A: *Die EU führt mit einer kurzen Unterbrechung seit 1995 einen Menschenrechtsdialog mit China. Es gibt noch eine Reihe anderer Länder, die mit China einen solchen Dialog führen. Hintergrund ist das Scheitern einer Resolution in der früheren UN Menschenrechtskommission und das Ansinnen Chinas, öffentliche Kritik zu verhindern. Die Todesstrafe war und ist im EU Dialog ein zentrales Thema. Man kann den Dialog als raffinierten Schachzug Chinas interpretieren. Ich halte es aber für vernünftig, den Dialog zu führen – auch wenn es noch einige Mängel in der Umsetzung zu überwinden gilt. Eine Isolation Chinas wäre kontraproduktiv.*



F: Welche Auswirkungen sind von einem internationalen Großereignis wie den Olympischen Spielen in Peking auf die chinesische Menschenrechtsthematik zu erwarten?

A: Die Olympischen Spiele werden China nicht von heute auf morgen umkrempeln. Die Erwartung, sie könnten quasi wie ein trojanisches Pferd China verändern, sind nicht nur unrealistisch, sie sind auch unangebracht. Reformprozesse sind leider nicht so einfach und schnell, wie manche sich das gerne wünschen. Ganz klar bieten die Olympischen Spiele eine Plattform für die Diskussion über Menschenrechte in China, gerade im Ausland. Aber auch im Inland hat es im Vorfeld der Olympischen Spiele eine Reihe von offenen Briefen zu unterschiedlichen Themen gegeben. Die Regierung hat Versprechungen gemacht und nun wird sie beim Wort genommen. Das ist eine wichtige Dynamik. Die Olympischen Spiele haben allerdings auch An-

lass zu Menschenrechtsverletzungen gegeben, zum Beispiel für die Pekinger Polizei, die Stadt zu „säubern“. Auch sind im Vorfeld der Spiele Menschenrechtsverteidiger unter erhöhten Druck geraten. Aus westlicher Sicht ist es besonders beklagenswert, dass das IOC in diesem Bereich nur Absichtserklärungen eingefordert hat. Es gab also keine konkreten Zusagen. Heute rechnet kaum jemand mehr mit großen Gesten wie zum Beispiel der Ratifizierung des Internationalen Paktes zu Bürgerlichen und Politischen Rechten oder der Abschaffung der Todesstrafe. Aber generell muss man doch sagen, dass es in den letzten 30 Jahren enorme Veränderungen und Verbesserungen in China gegeben hat. Das wird oft vergessen. Ich sehe die Olympischen Spiele als einen Ausdruck von Chinas nun schon 30 Jahre währender Öffnungspolitik. Und als solche sind sie zu begrüßen.

[Das Interview führte Martin Schneider]

Weiterführende Informationen:

- AI-Jahresbericht 2008
<http://www2.amnesty.de>
- Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte
<http://www.univie.ac.at/bim/>
- Mag.a Katrin Kinzelbach
http://www.univie.ac.at/bim/php/bim/?output_id=88
- China vor Olympia Hinrichtungsweltmeister
<http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/windexde/AR2008016>



Bitte beachten Sie die aktuelle AI-Kampagne
„Menschenrechte aufs Podest“
am Ende dieser Aussendung!



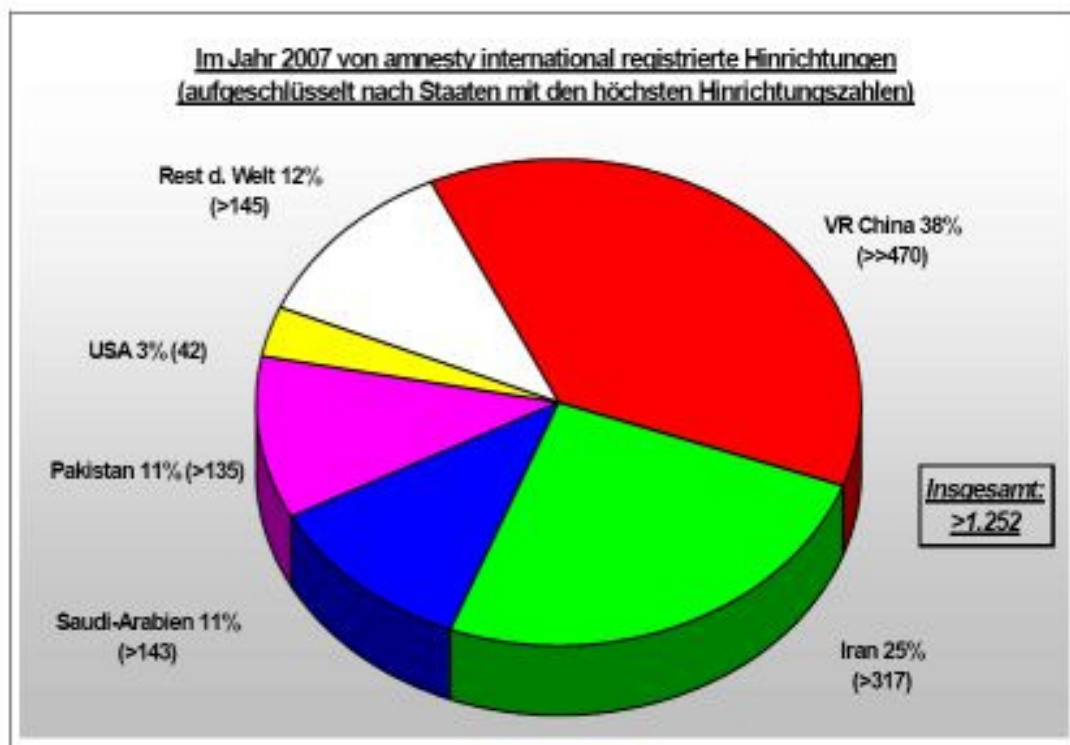
Statistik

Todesstrafe und Hinrichtungen 2007

Mehr als zwei Drittel aller Staaten haben die Todesstrafe per Gesetz oder in der Praxis abgeschafft.

Im Jahr 2007 sind mindestens 1.252 Gefangene in 24 Staaten exekutiert worden. Damit hat sich die Zahl der Hinrichtungen gegenüber 2006 (1.591) verringert. Zum Tode verurteilt wurden im vergangenen Jahr 3.347 Menschen (2005: 3.861) in 51 Ländern. Diese Angaben beinhalten allerdings nur die Amnesty International zur Kenntnis gelangten Fälle; die tatsächlichen Zahlen liegen mit Sicherheit höher.

Wie schon in den Vorjahren gilt auch für 2007, dass die weitaus meisten registrierten Hinrichtungen in nur einigen wenigen Staaten vollzogen worden sind. Insgesamt ist in der VR China im Jahr 2007 mindestens 470-mal die Todesstrafe vollstreckt worden. Diese Minimalzahl hat Amnesty International auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Informationen recherchiert. Die in den USA ansässige Organisation „Dui Hua Foundation“ schätzt die Zahl der Exekutionen hingegen auf 6.000 und stützt sich dabei auf Angaben lokaler chinesischer Behörden. Im Iran betrug die Zahl der Hinrichtungen wenigstens 317 gegenüber 177 im Jahr 2006.





In Saudi-Arabien wurden mindestens 143 Menschen exekutiert (2006: 39) und in Pakistan 135 (2006: 82). Die Zahl der vollstreckten Todesurteile in diesen letztgenannten drei Staaten lag somit beträchtlich höher als noch im Vorjahr. In den USA sank die Zahl im Vergleich zum Vorjahr von 53 auf 42. Damit fanden 88 Prozent aller Hinrichtungen, von denen Amnesty International 2007 weltweit erfahren hat, allein in diesen fünf Staaten statt. Pro Kopf der

Bevölkerung wurden im vergangenen Jahr die meisten Todesurteile in Saudi-Arabien vollstreckt, gefolgt vom Iran und Libyen.

Die Zahl der weltweit zum Tode Verurteilten ist schwer einzuschätzen. Ende 2007 wurde sie – beruhend auf Informationen von Menschenrechtsgruppen, Medienberichten und einigen wenigen offiziellen Zahlen – mit etwa 27.500 beziffert. Auch hier ist aber davon auszugehen, dass die tatsächliche Zahl höher liegt.

Quellen und weiterführende Informationen:

- AI Jahresbericht 2008
<http://www2.amnesty.de>
- Amnesty International
<http://www.amnesty.org/en/death-penalty>



Hintergrund

Die beliebtesten Urlaubsländer der Österreicher – betrachtet aus menschenrechtlicher Sicht

von Christine Töpfer

Was lässt uns erwartungsvoll der Urlaubszeit entgegen blicken? Für den einen sind es weite Strände, im Sonnenlicht glitzerndes Meer, für andere Wanderungen durch Wälder, Ersteigen von Bergen. Aber auch das kulturelle Angebot ist für viele verlockend und nicht zuletzt die Entspannung in gepflegter Gasthausatmosphäre.

Dass unsere Urlaubsparadiese auch anderes zu bieten haben, zeigt ein Blick hinter die Tourismusfassade. In den so sehr herbei gesehnten Urlaubsorten

kommt es nicht selten zu massiven Menschenrechtsverletzungen und wir haben die markantesten davon im folgenden aufgelistet. Die Angaben basieren auf dem Jahresbericht 2008 von Amnesty International.

Italienische Republik – Das Land besitzt nach wie vor kein umfassendes Asylgesetz. Minderjährige MigrantInnen werden unter Verstoß gegen internationales Flüchtlingsrecht und Menschenrechtsvereinbarungen nach ihrer Ankunft auf italienischem



Staatsgebiet in Haft genommen. Sie erhalten oft keinerlei Rechtsbeistand und laufen Gefahr, wegen ungenauer Einschätzung ihres Alters gegen ihren Willen in ihr Herkunftsland zurückgeführt zu werden. Angehörige der Roma werden von den Behörden diskriminiert. Die Anwendung der Folter wurde nach wie vor nicht als eigenständiger Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Ebenso fehlt weiterhin ein unabhängiges Beschwerde- und Aufsichtsorgan zur Überwachung der polizeilichen Tätigkeit. Das begünstigt unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizeikräfte.

Republik Kroatien – Der Krieg von 1991 bis 1995 wirkt sich noch immer nachteilig auf die dortige Menschenrechtssituation aus. Manche für Kriegsverbrechen Verantwortliche konnten sich ihrer Strafverfolgung entziehen. Die Justiz unterließ es, die während des Konflikts begangenen Menschenrechtsverletzungen ohne Ansehen der ethnischen Zugehörigkeit von Täter und Opfer konsequent aufzuarbeiten. Minderheiten wie Roma und kroatische Serben leiden unter wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung.

Hellenische Republik Griechenland – 2007 wurde die Mehrzahl der eingehenden Asylanträge abgelehnt. MigrantInnen litten unter Misshandlungen, und Asylsuchende, darunter auch Kinder, wurden willkürlich über längere Zeiträume inhaftiert. Opfer von Misshandlungen in Polizeigewahrsam sind üblicherweise Angehörige von Randgruppen; es soll auch Todesfälle gegeben haben. Die Behörden erkennen Frauen und Mädchen, die Opfer von Menschenhandel geworden sind, nicht als solche an, so dass die Betroffenen ihre Rechte auf Schutz und Hilfe nicht geltend machen können. Gegen Roma gehen die Behörden mit Zwangsvertreibungen vor.

Königreich Spanien – Spanien beteiligte sich gemeinsam mit mehreren anderen Mitgliedstaaten der EU an Patrouillenfahrten im Mittelmeer, die von Frontex koordiniert werden. Dies ist eine von der EU geschaffene Institution zur Kontrolle der Außengrenzen unter spanischer Führung. Ihr Ziel ist es, Boots-

flüchtlinge auf See abzufangen und in ihre Herkunftsländer zurückzuführen. Dieses Vorgehen stellt grundlegende Menschenrechte in Frage, etwa im Ausland um Schutz vor Verfolgung anzusuchen, das Heimatland verlassen zu dürfen und nicht in Staaten zurückgeführt zu werden, in denen die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen besteht.

Republik Türkei – Die wachsende politische Unsicherheit sowie vermehrte Militäreinsätze stärken nationalistische Strömungen, wodurch die Gewaltbereitschaft zunimmt. Bei Demonstrationen gehen die Sicherheitskräfte weiterhin mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen die Teilnehmer vor. Offizielle Darstellungen über bereits vorgekommene Tötungen lauten in der Regel so, dass sich die Opfer dem Zugriff der Sicherheitskräfte entzogen hätten. Die Umstände der Tötungen deuten jedoch in vielen Fällen auf eine Missachtung des Gebots der Verhältnismäßigkeit tödlicher Gewalt hin. In einigen dieser Fälle könnte es sich um extralegale Hinrichtungen gehandelt haben. Nach wie vor sind in der Türkei Gesetze in Kraft, die das Recht auf freie Meinungsäußerung gravierend einschränken. Strafrechtliche Verurteilungen von JournalistInnen, SchriftstellerInnen, VerlegerInnen, Intellektuellen, MenschenrechtsverteidigerInnen und StudentInnen, die in friedlicher Weise ihren Überzeugungen Ausdruck verleihen wollen, sind die Folge. Paragraph 301 („Herabwürdigung des Türkentums“) ist nach wie vor im Strafgesetzbuch enthalten.

Arabische Republik Ägypten – Todesurteile werden weiterhin verhängt und 2007 wurde eine Hinrichtung vollstreckt. Regierungsmitglieder stellten eindeutig fest, dass die Abschaffung der Todesstrafe nicht zur Debatte stünde. Einen einschneidenden Rückschlag für die Menschenrechte stellten die eilig durch das Parlament eingebrachten Verfassungsänderungen dar. Sie zementieren die umfassenden Vollmachten der Polizeikräfte und des Geheimdienstes. Unter anderem legalisieren sie längere Inhaftierungszeiten ohne Anklageerhebung, Folterungen, Einschränkungen der freien Meinungsäußerung und



der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Zwar wurde 1997 die weibliche Genitalverstümmelung generell verboten, allerdings gelten Ausnahmefälle. Nach Schätzung der UNICEF wurden jedoch erneut drei Viertel der muslimischen und christlichen Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren an den Genitalien verstümmelt. Laut offizieller ägyptischer Statistik soll an 97 Prozent der Frauen zwischen 15 und 49 Jahren eine Genitalverstümmelung vorgenommen worden sein.

Republik Tunesien – Zwar wurde die Todesstrafe in der Praxis abgeschafft, doch befinden sich ungefähr 100 zum Tode verurteilten Personen in Haft. Die Regierung ließ verlauten, dass sie eine Abschaf-

fung der Todesstrafe per Gesetz nicht befürworte. Die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen und Menschenrechtsorganisationen wird erheblich behindert. Telefon- und Internetverbindungen werden häufig unterbrochen, auch gewaltsame Übergriffe können vorkommen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist massiv eingeschränkt. Hunderte politische Gefangene, denen man eine Verbindung zu friedlichen Regierungskritikern vorwirft, sitzen oft über Jahre in katastrophalen Gefängnissen. Folterungen werden immer noch weit verbreitet als systematische Maßnahme eingesetzt; bei politischen Gefangenen wird diesbezüglichen Vorwürfen jedoch nie nachgegangen.

Quellen und weiterführende Literatur:

- AI Jahresbericht 2008
<http://www2.amnesty.de>
- “Kein Urlaub vom Gewissen“, in: tagesspiegel.de
<http://www.tagesspiegel.de> (14.08.2007)



In Kürze

One world – one Amnesty Im April 2008 fand in Salzburg die jährliche Mitgliederversammlung der österreichischen Sektion von Amnesty International statt. Es wurde beschlossen, AI ein einheitliches Logo zu geben. Durch weltweite Zusammenarbeit und einheitliches Design können bis zu 30% an Kosten eingespart und die Spendenmittel effizienter eingesetzt werden. Von nun an leuchtet das AI-Logo in einem knalligen Gelb, da diese Farbe sowohl für eine Warnung, als auch für die Sonne und Optimismus steht. Als weltweites Symbol der Hoffnung wurde die Kerze ausgewählt, die ab jetzt auf dem Logo zu sehen sein wird. Auch über das Layout von Flyern

wurde diskutiert. Bilder sollen kraftvoll und ausdrucksstark sein, den Aktionsbalken soll mehr Beachtung geschenkt werden, die Sprache klar und das Erscheinungsbild einheitlich sein. Ferner sollen mehr gemeinsame Aktionen und Kampagnen gestartet werden, damit AI einheitlicher wird, und weltweit noch effektiver arbeiten kann. [SH]

Afrika-Festival in Wien Ein Fest der Vitalität und Lebensfreude des schwarzen Kontinents wird von Freitag, 25. Juli, bis Sonntag, 3. August, auf der Donauinsel in Wien stattfinden. Es ist dies ein Beitrag zum friedlichen Miteinander der Kulturen, zur



Annäherung an die Vision: *wir sind e i n e Welt*. Auch Amnesty International wird mit einem Informationsstand vertreten sein. – Öffnungszeiten: Montag – Freitag 14.00 – 24.00 Uhr; Samstag, Sonntag 11.00 – 24.00 Uhr

Mahnwache vor nigerianischer Botschaft Am 27. März versammelten sich Mitglieder des Netzwerkes gegen die Todesstrafe am Wiener Rennweg, um vor der nigerianischen Botschaft eine Mahnwache abzuhalten. Die Gruppenmitglieder, die sich für einen Hinrichtungsstopp engagierten, bekamen Unterstützung von drei afrikanischen Trommlern, der afrikanischen Sängerin Esther, sowie einer österreichischen Musikerin. Esther hatte extra für diese Mahnwache einen Song komponiert. Viele verteilte Flugblätter und die Tatsache, dass auch die Botschaft mit der Gruppe Kontakt aufnahm, zeigen den Erfolg dieser Mahnwache.[SH]

Pfadfindertreffen Das Pfadfindertreffen der Gruppen aus Transdanubien fand am 20. April 2008 auf der Papstwiese des Wiener Donauparks statt. Amnesty International war eingeladen worden, daran mit einem Informationsstand teilzunehmen.

Gemeinsam mit der Südostafrika-Gruppe legten wir Petitionslisten und Informationsmaterial zur ak-

tuellen China Kampagne sowie zur Hinrichtung Jugendlicher im Iran auf. Die Menschenrechtssituation in Afrika wurde mit Material und Unterschriftenlisten zum südafrikanischen HIV – Problem sowie zu den Übergriffen gegen MenschenrechtsaktivistInnen und Oppositionellen in Simbabwe thematisiert.



© AI

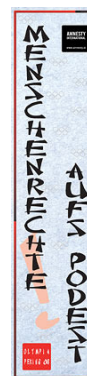
Unterstützt wurden wir von einer afrikanischen Sängerin, die uns auch schon bei der Mahnwache vor der nigerianischen Botschaft zur Verfügung stand, sowie vier afrikanischen Trommlern. Die mit viel Freude dargebotene Musik sorgte für Aufmerksamkeit. Wir führten lebhafte Diskussionen mit interessierten BesucherInnen. [GR]

✉ **Aktion**

Menschenrechte aufs Podest

Die chinesische Regierung hat im Zuge der Bewerbung zu den Olympischen Spielen 2008 versprochen, im Falle des Zuschlags die Menschenrechtssituation im Land zu verbessern. Daran sollen die Verantwortlichen erinnert werden! Die Olympischen Spiele sind ein sportliches Großereignis, mit dem positive Werte und eine positive

Grundstimmung verbunden sind. Für China sind die Spiele ein Ereignis von nationaler Bedeutung, auf das man sehr stolz ist. Diese Stimmung nimmt AI auf. AI ruft nicht zum Boykott der Olympischen Spiele in Peking auf! Unsere Botschaften sollen einen ermutigenden Un-





terton haben, es geht nicht um ein generelles „China-Bashing“! Das könnte von der chinesischen Führung und der Bevölkerung als Affront verstanden werden und wäre hinderlich für unsere Forderungen.

Die Kampagne konzentriert sich auf die Verbesserung der Menschenrechtsbilanz in den Bereichen:

- Todesstrafe
- „Säuberungen“ und „Umerziehung durch Arbeit“
- Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen
- Sicherung der Medienfreiheit einschließlich des Internets.

Wir betonen stattdessen, dass die chinesischen Behörden bei der Bewerbung für Olympia selbst Verbesserungen in Aussicht gestellt haben. Es ist höchste Zeit, diese Verbesserungen endlich umzusetzen!

Sie haben die Möglichkeit, einen direkten Beitrag zu leisten, dass sich in China die Menschenrechtslage zum Positiven verändert und somit die Spiele 2008 im Sinne des olympischen Vermächnisses nachhaltig in positiver Erinnerung bleiben!

Bitte beteiligen Sie sich zahlreich an der beiliegenden Petition!



© AI

Weitere Informationen finden Sie unter:

- Menschenrechte aufs Podest
http://clients.thelounge.net/amnesty/china/show_content.php?hid=5

Dort steht auch ein Aktionspaket für Sie zum Download bereit!

